

N i e d e r s c h r i f t

über die 44. bis 47. - öffentliche - Sitzung (Reise)

des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

vom 22. bis 25. Januar 2024

in Brüssel

Tagesordnung:

Seite:

Parlamentarische Informationsreise zur Unterrichtung über aktuelle europapolitisch relevante Themen und Entwicklungen, die den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses betreffen

<i>Gespräch mit Dr. Michael Köhler (Generaldirektion Europäischer Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe der EU-Kommission) und Mitgliedern des Europäischen Parlaments</i>	4
<i>Gespräch mit Julia Symon (Finance Watch AISBL) zu aktuellen Entwicklungen im Bereich der Bankenregulierung</i>	4
<i>Gespräch mit Dr. Olaf Prüßmann (Rat der Europäischen Union) zur Tätigkeit des EU-Rates mit einem Fokus auf Fragen der Bankenunion</i>	5
<i>Gespräch mit Heinrich Wollny (Generaldirektion Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion der EU-Kommission) zum Thema Einlagensicherung</i>	5
<i>Gespräch mit Thomas Wobben (Europäischer Ausschuss der Regionen) über Entwicklungen bei EU-Förderprogrammen</i>	6
<i>Gespräch mit Dr. Robert Dieter (Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO) über die Tätigkeit der NATO</i>	6
<i>Gespräch mit Patricia Schlimbach (IHK Nord) und Anne Reinacher (Handelskammer Hamburg) über Aktivitäten und inhaltliche Schwerpunkte der IHK Nord</i>	7
<i>Gespräch mit Fabian Kaisen (Generaldirektion Wettbewerb der EU-Kommission) über Beihilferecht, Bürgschaftsrecht und De-minimis-Regelungen</i>	7

<i>Gespräch mit Sebastian Wolpers, Nadine Fetzner und Dr. Olaf Achtelik (Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V.) über Aktivitäten und inhaltliche Schwerpunkte des BVR in Brüssel.....</i>	<i>7</i>
<i>Gespräch mit Kathrin Maria Rudolf (Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung bei der EU-Kommission) über die Gemeinsame Agrarpolitik in Deutschland</i>	<i>8</i>
<i>Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration und der Generaldirektion Regional- und Stadtentwicklung der EU-Kommission über die EU-Regionalpolitik</i>	<i>8</i>

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Dr. h. c. Björn Thümler (CDU), Vorsitzender
2. Abg. Jan-Philipp Beck (SPD)
3. Abg. Markus Brinkmann (SPD)
4. Abg. René Kopka (SPD)
5. Abg. Dr. Dörte Liebetruth (SPD)
6. Abg. Björn Meyer (SPD)
7. Abg. Philipp Raulfs (SPD)
8. Abg. Melanie Reinecke (CDU)
9. Abg. Claus Seebeck (CDU)
10. Abg. Ulf Thiele (CDU)
11. Abg. Dr. Andreas Hoffmann (GRÜNE)
12. Abg. Jürgen Pastewsky (i. V. d. Abg. Peer Lilienthal) (AfD)

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrätin Armbrecht.

Niederschrift:

Redakteur Dr. Schmidt-Brücken, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer:

- 22. Januar 2024: 20.00 Uhr bis 21.30 Uhr,
- 23. Januar 2024: 9.00 Uhr bis 12.30 Uhr, 14.30 Uhr bis 17.30 Uhr,
- 24. Januar 2024: 9.30 Uhr bis 12.45 Uhr, 14.00 Uhr bis 17.30 Uhr,
- 25. Januar 2024: 8.30 Uhr bis 10.30 Uhr.

Tagesordnung:

Parlamentarische Informationsreise zur Unterrichtung über aktuelle europapolitisch relevante Themen und Entwicklungen, die den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses betreffen

Gespräch mit Dr. Michael Köhler (Generaldirektion Europäischer Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe der EU-Kommission) und Mitgliedern des Europäischen Parlaments

Dr. Michael Köhler, stellvertretender Generaldirektor der Generaldirektion Europäischer Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe (DG ECHO) der Europäischen Kommission, informiert den Ausschuss über die Tätigkeit der Generaldirektion. Dabei geht er auf den Europäischen Zivilschutz-Mechanismus generell sowie auf aktuelle Operationen von ECHO ein. Themen sind unter anderem humanitäre Hilfe, Waldbrandbekämpfung, Berührungspunkte mit Niedersachsen und das Katastrophenschutzsystem rescEU.

In der sich anschließenden Diskussion, an der auch die niedersächsischen Mitglieder des Europäischen Parlaments **Katrin Langensiepen** (Die Grünen/EFA) und **Viola von Cramon-Taubadel** (Die Grünen/EFA) teilnehmen, werden unter anderem die mediale Kommunikation europäisch koordinierter und finanzierter Katastrophenschutzmaßnahmen sowie Kompetenzaspekte des Zivilschutzes im Verhältnis von EU, Mitgliedstaaten und europäischen Regionen thematisiert.

*

Gespräch mit Julia Symon (Finance Watch AISBL) zu aktuellen Entwicklungen im Bereich der Bankenregulierung

Julia Symon, Leiterin der Abteilung Research & Advocacy von Finance Watch AISBL, stellt die Tätigkeit der NGO Finance Watch vor und kommt darüber hinaus auf aktuelle Entwicklungen im Bereich der Bankenregulierung zu sprechen. Dabei geht sie schwerpunktmäßig auf die Implementierung der Eigenkapitalvorschriften nach dem sogenannten Basler Akkord („Basel III“), auf die Regulierung von Kryptovermögen sowie auf den Themenbereich Nachhaltigkeit und Klimarisiken ein.

In der sich anschließenden Diskussion stellen Abg. **Philipp Raulfs** (SPD), Abg. **Ulf Thiele** (CDU) und Abg. **Markus Brinkmann** (SPD) Fragen zur Struktur und Finanzierung von Finance Watch, zu möglichen Widersprüchen im Zusammenhang mit Basel III sowie zur Positionierung von Finance Watch hinsichtlich der aktuellen internationalen Entwicklungen im Bereich Bankenregulierung im spezifischen Verhältnis zur bestehenden Einlagensicherung im Rahmen des deutschen Bankensystems von Genossenschaftsbanken, Sparkassen und Privatbanken. In diesem Zusammenhang weisen Abg. **Ulf Thiele** (CDU) und Abg. **Markus Brinkmann** (SPD) auf die Krisenresilienz deutscher Sparkassen und Genossenschaftsbanken hin und problematisieren übermäßige internationale Regulierungsbestrebungen vor dem Hintergrund der genannten deutschen Einlagensicherungssysteme.

Gespräch mit Dr. Olaf Prüßmann (Rat der Europäischen Union) zur Tätigkeit des EU-Rates mit einem Fokus auf Fragen der Bankenunion

Dr. Olaf Prüßmann, Direktor Wirtschaftspolitik und Finanzdienstleistungen beim Rat „Wirtschaft und Finanzen“ (ECOFIN) des Rates der Europäischen Union, informiert den Ausschuss auf Grundlage einer PowerPoint-Präsentation ([Anlage 1](#))¹ über die Arbeitsweise und Struktur des Rates im Allgemeinen und über die Ratsformation ECOFIN im Besonderen sowie über den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt.

In der sich anschließenden Diskussion stellen Abg. **Dr. h. c. Björn Thümmler** (CDU) und Abg. **Dr. Dörte Liebethuth** (SPD) Fragen zur Rolle des Rates in europäischen Gesetzgebungsverfahren, auch vor dem Hintergrund der alle sechs Monate wechselnden Ratspräsidentschaft. Abg. **Ulf Thiele** (CDU), Abg. **Markus Brinkmann** (SPD), Abg. **Dr. h. c. Björn Thümmler** (CDU) und Abg. **Dr. Andreas Hoffmann** (GRÜNE) erkundigen sich nach dem aktuellen Stand der Entwicklungen im Bereich der Bankenunion aus Sicht des Rates. Abg. **Markus Brinkmann** (SPD) und Abg. **Ulf Thiele** (CDU) problematisieren entsprechende Regulierungsvorhaben auf europäischer Ebene mit Blick auf bestehende Einlagensicherungssysteme der deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken. In Zusammenhang mit dem Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt führt Herr **Dr. Prüßmann** unter anderem zu den unterschiedlichen Perspektiven von Europäischer Kommission und Rat der Europäischen Union aus.

*

Gespräch mit Heinrich Wollny (Generaldirektion Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion der EU-Kommission) zum Thema Einlagensicherung

Heinrich Wollny, stellvertretender Leiter des Referats Abwicklung und Einlagensicherung in der Generaldirektion Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion (FISMA) der Europäischen Kommission, informiert den Ausschuss auf Grundlage einer PowerPoint-Präsentation ([Anlage 2](#)) über die Reform des Krisenmanagements im Bankensektor und der Einlagensicherung (CMDI). Dabei geht er schwerpunktmäßig auf die Alternativen Abwicklung vs. Liquidation im Umgang mit ausfallenden Banken ein.

In der sich anschließenden Diskussion stellen Abg. **Dr. h. c. Björn Thümmler** (CDU), Abg. **Philipp Raulfs** (SPD) und Abg. **Ulf Thiele** (CDU) Informationsfragen unter anderem zu den im CMDI-Rahmen vorgesehenen präventiven Maßnahmen bei sich abzeichnenden Ausfällen von Banken und zur Diskussion über diesen Bereich zwischen der Europäischen Kommission und dem Rat der Europäischen Union. Abg. **Ulf Thiele** (CDU) und Abg. **Markus Brinkmann** (SPD) hinterfragen da-

¹ Diese und alle weiteren Anlagen zur Niederschrift werden aufgrund ihrer Dateigröße separat mit den Sitzungsunterlagen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen im Intranet des Landtags verfügbar gemacht.

rüber hinaus die Zweckmäßigkeit eines europäischen Einlagensicherungssystems vor dem Hintergrund einer bestehenden Einlagensicherung der deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken.

*

Gespräch mit Thomas Wobben (Europäischer Ausschuss der Regionen) über Entwicklungen bei EU-Förderprogrammen

Thomas Wobben, Direktor für legislative Arbeiten beim Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR), informiert den Ausschuss auf Grundlage einer PowerPoint-Präsentation ([Anlage 3](#)) über die Struktur und Arbeitsweise des AdR, über haushalterische Aspekte von EU-Förderprogrammen und über die Aktivitäten des AdR mit Blick auf die Zukunft der europäischen Kohäsionspolitik.

In der sich anschließenden Diskussion thematisieren Abg. **Dr. Dörte Liebetruhl** (SPD) und Abg. **Markus Brinkmann** (SPD) die Vereinfachung von Förderprogrammen. Abg. **Björn Meyer** (SPD) merkt an, eine solche könne zu größerer Akzeptanz der EU in der Fläche und führen. Abg. **Dr. h. c. Björn Thümler** (CDU) weist darauf hin, dass die Rückkopplung an den AdR im Zusammenhang mit der EU-Förderung verbessert werden müsse.

*

Gespräch mit Dr. Robert Dieter (Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO) über die Tätigkeit der NATO

Dr. Robert Dieter, Stellvertreter des Ständigen Vertreters der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO, skizziert aktuelle sicherheitspolitische Entwicklungen und Herausforderungen der NATO vor dem Hintergrund von deren Kernaufgabenfeldern - Abschreckung, Krisenmanagement/Missionen und Partnerschaften/vernetzte Sicherheit.

In der sich anschließenden Diskussion stellen Abg. **Dr. h. c. Björn Thümler** (CDU), Abg. **Dr. Andreas Hoffmann** (GRÜNE), Abg. **Jürgen Pastewsky** (AfD), Abg. **Björn Meyer** (SPD), Abg. **Claus Seebeck** (CDU), Abg. **Melanie Reinecke** (CDU), Abg. **Ulf Thiele** (CDU) und Abg. **Dr. Dörte Liebetruhl** (SPD) Fragen unter anderem zum Strategischen Konzept der NATO und dessen nationaler Umsetzung, zur Bundeswehr als Standortfaktor in Niedersachsen, zur Entwicklung des Ukraine-Konflikts, zur NATO-Erweiterung und zu Herausforderungen wie hybrider Kriegsführung. Des Weiteren erörtert Herr **Dr. Dieter** Aspekte des Verhältnisses von NATO und EU.

Gespräch mit Patricia Schlimbach (IHK Nord) und Anne Reinacher (Handelskammer Hamburg) über Aktivitäten und inhaltliche Schwerpunkte der IHK Nord

Patricia Schlimbach, Teamleiterin des Brüsseler Büros der Arbeitsgemeinschaft Norddeutscher Industrie- und Handelskammern e. V. (IHK Nord), stellt auf Grundlage einer PowerPoint-Präsentation ([Anlage 4](#)) die Aktivitäten und inhaltlichen Schwerpunkte der IHK Nord in Brüssel vor.

In der sich anschließenden Diskussion stellen Abg. **Dr. Dörte Liebetruß** (SPD), Abg. **Philipp Raulfs** (SPD), Abg. **René Kopka** (SPD), Abg. **Markus Brinkmann** (SPD) und Abg. **Björn Meyer** (SPD) Fragen unter anderem zu den Themenbereichen maritime Wirtschaft, europäischer Binnenmarkt, Diskussionen um einen hypothetischen „Dexit“, Start-ups, europäische Austauschprogramme für junge Menschen, Tourismus und Bürokratieabbau.

*

Gespräch mit Fabian Kaisen (Generaldirektion Wettbewerb der EU-Kommission) über Beihilferecht, Bürgschaftsrecht und De-minimis-Regelungen

Fabian Kaisen, Sachbearbeiter im Referat für Beihilfepolitik und Unterstützung in der Fallbearbeitung in der Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission, informiert den Ausschuss auf Grundlage einer PowerPoint-Präsentation ([Anlage 5](#)) zu Grundlagen des Beihilferechts, zu staatlichen Garantien und zu De-minimis-Beihilfen.

In der sich anschließenden Diskussionen stellen Abg. **Dr. Andreas Hoffmann** (GRÜNE), Abg. **Ulf Thiele** (CDU), Abg. **Björn Meyer** (SPD), Abg. **Dr. Dörte Liebetruß** (SPD), Abg. **Markus Brinkmann** (SPD) und Abg. **Claus Seebeck** (CDU) Fragen unter anderem zu Beihilfen für Vereine, steuerrechtlichen Aspekten, Notifizierungsverfahren im Zusammenhang mit hochwasserbedingten Notlagen, zum European Green Deal, zum Bürgschaftsrecht und zu IPCEI-Projekten.

*

Gespräch mit Sebastian Wolpers, Nadine Fetzer und Dr. Olaf Achtelik (Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V.) über Aktivitäten und inhaltliche Schwerpunkte des BVR in Brüssel

Sebastian Wolpers, Abteilungsleiter Interessenvertretung beim BVR, und **Nadine Fetzer**, Referentin beim BVR in Brüssel, stellen auf Grundlage einer PowerPoint-Präsentation ([Anlage 6](#)) die Aktivitäten und inhaltlichen Schwerpunkte des BVR in Brüssel vor. **Dr. Olaf Achtelik**, Abteilungsleiter Bankenaufsichtsrecht beim BVR, führt darüber hinaus gehend zur Kritik des BVR an den aktuellen gesetzgeberischen Entwicklungen im Zusammenhang mit der angestrebten europäischen Einlagensicherung CMDI (Crisis Management and Deposit Insurance) vor dem Hintergrund des bestehenden dualen Sicherungssystems des BVR aus.

Insbesondere dieses Thema greifen Abg. **Ulf Thiele** (CDU), Abg. **Dr. h. c. Björn Thümmler** (CDU), Abg. **Markus Brinkmann** (SPD), Abg. **Claus Seebeck** (CDU) und Abg. **Dr. Dörte Liebetruhl** (SPD) in der sich anschließenden Diskussion auf und stellen dabei Fragen unter anderem zu weiteren gesetzgeberischen Entwicklungen in diesem Bereich aus Sicht des BVR sowie zu möglichen Kooperationen des BVR in dieser Sache sowohl mit NGOs wie Finance Watch als auch mit Gewerkschaften und Verbraucherschutzorganisationen.

*

Gespräch mit Kathrin Maria Rudolf (Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung der EU-Kommission) über die Gemeinsame Agrarpolitik in Deutschland

Kathrin Maria Rudolf, stellvertretende Leiterin des Referats für die GAP-Strategiepläne von Deutschland, Kroatien, Österreich und Slowenien bei der Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung der Europäischen Kommission, informiert den Ausschuss auf Grundlage einer PowerPoint-Präsentation ([Anlage 7](#)) über die Ziele und Themenfelder der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) insbesondere mit Blick auf Deutschland. Dabei geht sie unter anderem auf haushalterische Aspekte auch im internationalen Vergleich ein.²

In der sich anschließenden Diskussion thematisieren Abg. **Ulf Thiele** (CDU), Abg. **Dr. Dörte Liebetruhl** (SPD) und Abg. **Philipp Raulfs** (SPD) unter anderem das Verhältnis von europäischen Vorgaben bei Agrarmaßnahmen und deren nationaler Umsetzung, EU-Fördermöglichkeiten im Bereich Ernteversicherungen und den Bereich Transparenzregister.

*

Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration und der Generaldirektion Regional- und Stadtentwicklung der EU-Kommission über die EU-Regionalpolitik

Janos Schmied, politischer Assistent in der Generaldirektion Regional- und Stadtentwicklung (DG REGIO) der Europäischen Kommission, informiert den Ausschuss auf Grundlage einer PowerPoint-Präsentation ([Anlage 9](#)) über die Grundlagen der Regionalpolitik und der Kohäsionspolitik der Europäischen Union. Ergänzend dazu führen **Egbert Holthuis**, Leiter des Referats Arbeitsplätze und Qualifikationen in der Generaldirektion für Beschäftigung, Soziales und Integration (DG EMPL), zum Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und **Justus Seufferle**, politischer Assistent bei der DG EMPL, zum Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) aus.

² Frau Rudolf hat mit E-Mail vom 29.01.2024 ergänzende Informationen zu Ansprechpartnern zur GAP in Deutschland übersandt ([Anlage 8](#)).

In der sich anschließenden Diskussion, an der sich auch **Anna-Lena Zademach-Schwierz**, **Chrysi Nastouli** und **Vladislava Glietz** von der DG REGIO beteiligen, thematisieren Abg. **Ulf Thiele** (CDU), Abg. **Markus Brinkmann** (SPD), Abg. **Dr. h. c. Björn Thümler** (CDU), Abg. **Björn Meyer** (SPD) und Abg. **Dr. Dörte Liebetruth** (SPD) unter anderem die Bereiche Energietransformation und Hafenwirtschaft, Kinderarmut, Schieneninfrastruktur, Integration, Sprachförderung und Bildung.
